

Kiel, 03.04.2003

## Landtag aktuell

Es gilt das gesprochene Wort!  
Sperrfrist: Redebeginn

TOP 21 – Berichtsantrag Stand der Kulturwirtschaft

**Dr. Ulf von Hielmcrone:**

### **Nachhilfe ist nicht nötig**

Es ist wahr, was die CDU in der Einleitung zu ihrem Antrag zur Kulturwirtschaft ausführt: „Kultur aber schafft Arbeit und Umsatz“. Es ist wahr, dass es eine Kulturwirtschaft gibt, es ist wahr, dass beispielsweise Nordrhein-Westfalen sehr intensiv die Kulturwirtschaft zahlenmäßig erfasst und aufbereitet hat – ein Blick auf die entsprechenden Internet-Seiten ist aufschlussreich –, es ist demzufolge auch wahr, dass es eine enge Verknüpfung auch zwischen Kultur und Tourismus gibt.

Es ist aber auch wahr, dass all dieses keine Neuentdeckung ist und dass wir nicht auf den CDU-Antrag warten mussten, um all dies festzustellen. Und der Einleitungssatz im CDU-Antrag, liebe Frau Schwarz, er da lautet: „Die wirtschaftliche Dimension des Kulturschaffens ist in Schleswig-Holstein bisher nicht hinreichend erkannt und berücksichtigt worden,“ der ist eben nicht wahr, soweit es Landtag und Landesregierung angeht. Immer wieder haben wir auf die enge Verknüpfung etwa zwischen Kultur und Tourismus hingewiesen. Ja, die größte kulturelle Einzelförderung außerhalb landeseigener Institutionen, das Schleswig-Holstein-Musik-Festival, wird ja gerade unter diesem Aspekt massiv gefördert. Und gerade die Regierung wird nicht müde, immer wieder auf die Verknüpfung zwischen Zuschuss einerseits und der Förderung des Wirtschaftsstandorts Schleswig-Holstein andererseits hinzuweisen.

Wir hier im Landtag haben immer wieder ausführlich über dieses Thema diskutiert, beispielsweise in der Debatte „Stärkung des Tourismusstandorts Schleswig-Holstein unter Berücksichtigung kultureller Angebote“. Und unzählige Maßnahmen, die durch Interreg-Mittel, durch LSE-Projekte und im Rahmen des Regionalprogramms gefördert wurden, waren kulturelle Maßnahmen, bei denen gerade diese Verknüpfung für ihre Förderung den Ausschlag gaben. Wir bedürfen also keineswegs des Nachhilfeunterrichts, weder die Regierung, noch die Fraktion, noch ich persönlich.

Trotzdem aber mag es ja sein, dass außerhalb dieses Hauses noch nicht überall im Lande die Bedeutung der Kulturwirtschaft so bekannt ist, wie wir alle dies wünschen. So mag dann das Zahlenmaterial, das wir aufgrund Ihres Antrages, dem wir zustimmen werden, erhalten, für uns alle, die wir Kulturpolitik betreiben, gute Argumente liefern, um auch diejenigen Kritiker, die bisher die Bedeutung der Kulturwirtschaft verkannt haben, zu überzeugen. Und zwar überall dort, wo wir unsere Argumente im Lande zu vertreten haben.

Und eigentlich kann nur dieser Aspekt den CDU-Antrag legitimieren, denn er ist mit einer Menge an Arbeit für die Regierung, aber auch Dritte, die von der Regierung befragt werden müssen, verbunden. Es muss also gute Gründe geben, ihnen diese Arbeit auszubürden.

Wenn wir also alle verantwortungsvoll mit dem zu erarbeitenden Zahlenmaterial umgehen und immer wieder für die Kultur – eben auch als ein Wirtschaftsfaktor – werben

- bei Kongressen
- Diskussionsveranstaltungen
- Markplatzgesprächen
- bei Unternehmern und Gewerkschaften
- in der Zeitung
- und der eigenen Parteibasis.

Dann ist der Aufwand gerechtfertigt, und wir hätten etwas für die Kultur getan. Und vielleicht können wir auch im Bildungsausschuss dann dieses Thema – ähnlich wie beim Haus der Geschichte – in einer eigenen Veranstaltung aufgreifen. Mit einem solchen Antrag machen wir nicht nur anderen Arbeit, sondern müssen selbst auch für eigene Ergebnisse sorgen. Wir sollten uns dieser Verantwortung bei allen solchen Anträgen bewusst sein.